Detailansicht des Registereintrags

BKK Dachverband e.V.

Aktuell seit 05.11.2026 10:15:10

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002706
Ersteintrag:	03.03.2022
Letzte Änderung:	05.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	25.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Zimmerstraße 56 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493027004060 E-Mail-Adressen: info@bkk-dv.de Webseiten: www.bkk-dachverband.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1.840.001 bis 1.850.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
6,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Anne-Kathrin Klemm**
   Funktion: Vorständin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Sebastian Jörg Brauneis**
2. **Stephanie Bosch**
   Tätigkeit bis 02/23:
   Wissenschaftliche Mitarbeiterin
   für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
3. **Ulrike Elisabeth Müller**
   Tätigkeit bis 05/23:
   Wissenschaftliche Mitarbeiterin
   für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
4. **Antonia Müller**
   Tätigkeit bis 04/23:
   Wissenschaftliche Mitarbeiterin
   für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
5. **Dr. Julia Katharina Schröder**
6. **Dr. Thomas Peter Schepp**
7. **Dr. Patricia Ex**
8. **Anne-Kathrin Klemm**

Gesamtzahl der Mitglieder:
67 Mitglieder am 01.01.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):
1. Bundesverband Managed Care e.V. (BMC e.V.)
2. Deutsches Netzwerk Versorgungsforschung
3. Diabetes@Work

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):
Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Arbeitslosenversicherung;

Grundsicherung; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Unfallversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Kleine und mittlere Unternehmen; Versicherungswesen; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der BKK Dachverband e.V. wurde im Januar 2013 als politische Interessenvertretung der betrieblichen Krankenversicherungen in Deutschland gegründet. Ziel der Interessenvertretung ist die Verbesserung der rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Betriebskrankenkassen und ihre Versicherten.

Um diese Ziele zu erreichen, koordiniert der Verband den Willensbildungsprozess seiner Mitglieder und vertritt deren gemeinsame Anliegen gegenüber zentralen Akteuren des Gesundheitswesens, insbesondere gegenüber Politik, Sozialpartnern, dem GKV-Spitzenverband, weiteren Krankenkassen, Leistungserbringerverbänden, Trägern der Sozialversicherung sowie Behörden, Wissenschaft und Medien.

Die Tätigkeit im Bereich der Interessenvertretung umfasst:

Die Analyse und Aufbereitung gesundheitspolitischer Konzepte und Gesetzesvorhaben sowie die Formulierung von Positionen hierzu.
Die aktive Begleitung von Gesetzgebungsverfahren durch Stellungnahmen, Gutachten und Vorschläge für gesetzliche Regelungen.
Die Organisation und Durchführung von Symposien, Fachveranstaltungen und Podiumsdiskussionen, die den Dialog zwischen Mitgliedern, politischen Entscheidungsträgern und weiteren Stakeholdern fördern.
Die Veröffentlichung von Positionspapieren und die Übermittlung dieser Dokumente an Abgeordnete, Ministerien und andere relevante Institutionen.
Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die spezifischen Aufgaben und Herausforderungen der Betriebskrankenkassen durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
Die Förderung des Austauschs zwischen Mitgliedern und externen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, beispielsweise durch die Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern in Gremien des Gesundheitswesens.

Diese Tätigkeiten werden durch Mitarbeitenden aus den Bereichen Politik & Kommunikation, Versorgungsmanagement, Gesundheitsförderung, Datenmanagement und Strategisches Controlling umgesetzt.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. **Verbesserung der pflegerischen Versorgung, Forderung nach stabiler Finanzlage der SPV**

   Beschreibung:
   Die Lage der Pflegeversicherung und der pflegerischen Versorgung ist besorgniserregend: Die Finanzierung ist nicht gesichert. Pflegebedürftige haben zwar Anspruch auf Leistungen, aber

keine Angebote vor Ort. Wer einmal pflegebedürftig ist, bleibt es wohl auch ein Leben lang. Die meisten werden von Angehörigen gepflegt, doch immer mehr Menschen leben allein. Und die Zahl der Pflegebedürftigen steigt weiter und weiter. Angesichts dieser Herausforderungen stellen sich drängende Fragen: Wie können wir zukünftig eine angemessene pflegerische Versorgung überhaupt noch gewährleisten? Und ist dies unter den derzeitigen Rahmenbedingungen überhaupt möglich? Der BKK Dachverband macht dazu in diversen Positionspapiere Vorschläge zur Verbesserung der Versorgung und Sicherung der Finanzlage der SPV.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB11ÄndG 1 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Pflege [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (8):

1. **SG2406070025** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.06.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. **SG2406070026** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.05.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. **SG2406070027** (PDF - 26 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.05.2024 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. **SG2406250196** (PDF - 33 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

5. **SG2408290001** (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.08.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

6. **SG2408290002** (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.08.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

7. **SG2409300153** (PDF - 57 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. **SG2510230012** (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. **Stellungnahme Referentenentwurf Pflegefachassistenzgesetz**

Beschreibung:
Der BKK DV begrüßt die Vereinheitlichungsbestrebungen und die Ausbildungsdauer von 18 Monaten. Kritisiert wird die Möglichkeit Auszubildende gänzlich ohne Schulbildung anzunehmen (§ 10 PflFAssG). Befürchtet werden muss zudem ein langfristiger „Länder-Flickenteppich“ bei der Qualifikation der Lehrenden (§ 8 PflFAssG), bei der Anrechnung von Kompetenzen und Berufserfahrungen (§ 11 PflFAssG) und der Gleichwertigkeit und Anerkennung von Ausbildungen (§ 25 PflFAssG). Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzsituation von SPV und GKV ist es zudem inakzeptabel, dass die Versichertengemeinschaft entweder direkt oder indirekt für 90 % der Finanzierungsaufwände der Pflegefachassistenzausbildung herangezogen werden soll (§ 24 PflFAssG).

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1493 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistenzausbildung
1. Zuständiges Ministerium: BMBFSFJ [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMBFSFJ): Gesetz über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistenzausbildung (Vorgang)
Referentenentwurf (BMG): Gesetz über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistenzausbildung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
PflAPrV [alle RV hierzu]; PflBG [alle RV hierzu]; SGB11ÄndG 1 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Pflegeversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2507310029** (PDF - 12 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. **SG2510230011** (PDF - 11 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.10.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **Einführung eines kompetenzgestuften Pflegesystems mit klaren Zuständigkeiten, Ablehnung des stambulanten Sektors zugunsten innovativer VM**

   Beschreibung:
   Ziel der Interessenvertretung ist die Ausgestaltung des Pflegekompetenzgesetzes mit klar definierten Kompetenzstufen für Pflegefachpersonen, einschließlich verbindlicher Regelungen zur Tätigkeitsabgrenzung, Delegation und Verantwortung. Zudem sollen wirtschaftlich tragfähige und sektorenübergreifende Vertragsregelungen im Rahmen des § 73d SGB V (neu) geschaffen werden. Die Etablierung eines „stambulanten" Versorgungssektors soll verhindert und stattdessen eine Öffnung für vielfältige, praxiserprobte Wohn- und Versorgungsformen erreicht werden.

   Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
   Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz (Pflegekompetenzgesetz - PKG)
   Datum des Referentenentwurfs: 23.06.2025
   Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]; PflAPrV [alle RV hierzu]; PflBG [alle RV hierzu]; PflegeZG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2510230009** (PDF - 24 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.10.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2510230010** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.10.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. **Reform einer zukunftsorientierten Notfallversorgung im Interesse der Versichertengemeinschaft**

Beschreibung:
Gegenstand der Interessenvertretung ist der Referentenentwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung. Ziel der Einflussnahme ist die Ausgestaltung der vorgesehenen bundesweiten Strukturen der Notfallrettung, der Ersteinschätzung, der integrierten Notfallzentren sowie der Finanzierung zusätzlicher Notdienststrukturen.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]; ApoBetrO 1987 [alle RV hierzu]; ApoG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arzneimittel [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2511260025** (PDF - 10 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 26.11.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
   Organe [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. **SG2602180014** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.02.2026 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

5. **Einführung und Ausgestaltung eines Primärversorgungssystems**

Beschreibung:
Die Bundesregierung hat für diese Legislaturperiode eine Neuaufstellung der ambulanten Versorgung angekündigt und sich in diesem Zusammenhang für ein Primärarztsystem sowie eine Ersteinschätzung ausgesprochen. Allerdings werden weder die Festlegung eines Primärarztes als „Gatekeeper“ bei einer Hausarzt-Facharzt-Relation von 30:70 noch das Durchlaufen einer kurzen Befragung allein zu einer spürbaren Entspannung führen. Daher ist es notwendig, Primärversorgungssystem und Ersteinschätzung nicht als zusätzliche Einzelelemente, sondern in Verbindung mit einer Reform der ursächlichen Gesetzmäßigkeiten und Anreizwirkungen einzuführen. Darauf will der BKK Dachverband hinwirken und hat ein Positionspapier zur Primärversorgung geschrieben.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605050033** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.11.2025 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

6. **Einführung einer bundesweit einheitlichen digitalen Ersteinschätzung**

Beschreibung:
Einführung einer bundesweiten digitalen Ersteinschätzung bei Einführung eines Primärversorgungssystem, die mit der Ersteinschätzung in der Notfallversorgung kompatibel ist. Ein Ersteinschätzungstool muss bestimmte Kriterein erfüllen, die im Positionspapier des BKK Dachverbandes erläutert werden.

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605050035** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.01.2026 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

7. **Stellungnahme zum Referentenentwurf des BStabG**

Beschreibung:
Stellungnahme zur Verbändeanhörung des Referentenentwurfs zum BStabG.

Referentenentwurf:
Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 16.04.2026
Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605050038** (PDF - 53 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.04.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. **Eckpunkte für eine Nachhaltigkeitsstrategie im deutschen Gesundheitssystem**

Beschreibung:
Ziel ist es, die Eckpunkte unter Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit zu einer verbindlichen Nachhaltigkeitsstrategie weiterzuentwickeln und in den anstehenden Strukturreformen des Gesundheitswesens fest zu verankern. Ein solcher Rahmen ist die zentrale Voraus-
setzung für die dringend erforderliche Transformation hin zu einem nachhaltigen, klimaneutralen Gesundheitswesen. Es formuliert keinen abschließenden Maßnahmenplan, sondern benennt die wesentlichen Handlungsbedarfe, strukturellen Voraussetzungen und strategischen Leitlinien.
Die Eckpunkte benennen Handlungsbedarfe in 9 zentralen Bereichen: Governance, Prävention und Versorgungsplanung, ambulante, pflegerische und stationäre Versorgung, Arzneimittel, Medizinprodukte, Abfallreduktion, Transport und Digitalisierung.

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607090024** (PDF - 46 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

9. **Gesetz für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen**

Beschreibung:
Ziel der Interessenvertretung ist eine Anpassung und Konkretisierung des GeDIG. Angestrebt werden erweiterte Datennutzungsbefugnisse der Krankenkassen, eine klare Ausgestaltung der ePA als Zugang zur digitalen Versorgung, verbindliche Beteiligungsrechte des GKV-

Spitzenverbandes bei E-Überweisung, digitaler Bedarfseinschätzung, Terminplattformen und Praxissoftware sowie eindeutige Regelungen zu Finanzierung, Haftung und Zuständigkeiten. Zudem sollen die Befugnisse der gematik begrenzt und kontrolliert, Vorgaben zu EUDI-Wallet, eGK und Datenaustausch präzisiert, die Rechte von Betriebsärzten aufeinander abgestimmt und Krankenkassen bei Richtlinien des Medizinischen Dienstes Bund gleichberechtigt beteiligt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607270017** (PDF - 11 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.06.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
   Organe [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

10. **Nachhaltige Stabilisierung der GKV-Finanzen und Begrenzung des Anstiegs der Zusatzbeitragssätze**

Beschreibung:
Ziel der Interessenvertretung ist die nachhaltige Stabilisierung der GKV-Finanzen und der Zusatzbeitragssätze. Hierzu wird auf eine einnahmeorientierte Begrenzung der Ausgabenentwicklung insbesondere in den Bereichen Krankenhausversorgung, Arzneimittel und ambulante Versorgung hingewirkt. Zugleich sollen eine Absenkung des Bundeszuschusses sowie zusätzliche finanzielle Belastungen der Versicherten und Beitragszahlenden vermieden werden. Angestrebt werden eine verlässliche Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, die dauerhafte Sicherung ausreichender Finanzreserven der Krankenkassen und langfristig wirksame Strukturmaßnahmen über das Beitragssatzstabilisierungsgesetz hinaus.

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607270021** (PDF - 22 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.06.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
   Organe [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

11. **Reform der Physiotherapieberufe unter Sicherung der Ausbildungsqualität und GKV-Finanzierung**

Beschreibung:
Ziel ist die Reform der Physiotherapieberufe mit wissenschaftsorientierter Teilakademisierung, bundesweit einheitlichen Ausbildungsstandards und angemessener Ausbildungsvergütung. Eigenverantwortliche heilkundliche Befugnisse sollen klar abgegrenzt werden; für eine weitgehend autonome Versorgung wird ein fachspezifischer Masterabschluss als Zielqualifikation angestrebt. Die Integration bisheriger Zertifikatsqualifikationen soll ohne Qualitätsverlust erfolgen. Die Verlagerung schulischer und praktischer Ausbildungskosten auf die GKV über § 17a KHG und § 125 Abs. 2b SGB V soll verhindert werden. Stattdessen sollen die staatliche Finanzierung gestärkt und weitere Kostenträger sowie ausbildende Einrichtungen angemessen beteiligt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
KHG [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]; MPhG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611050001** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.11.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
   Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
14.560.001 bis 14.570.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. SBK Siemens-Betriebskrankenkasse

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

BKK-DV_Bilanz-GuV_2025.pdf